



Antrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und
Fraktion (FREIE WÄHLER)

Regionalzughalt in Fürstenfeldbruck

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den Wegfall der beiden Regionalzughalte in Fürstenfeldbruck rückgängig zu machen bzw. im Einvernehmen mit dem Landkreis Fürstenfeldbruck eine auskömmliche Lösung für die Pendler in der Region zu finden.

Darüber hinaus wird die Staatsregierung aufgefordert, dem Wirtschaftsausschuss des Bayerischen Landtags bezüglich der Fahrplanänderungen im Raum Fürstenfeldbruck zum 13. Dezember 2015 zu berichten.

Begründung:

Mit dem Fahrplanwechsel zum 13. Dezember 2015 fielen die beiden Regionalzughalte in Fürstenfeldbruck (6:40 Uhr Richtung München; 16:58 Uhr Richtung Allgäu) weg. Begründet wurde dies mit dem Einsatz von Doppelstockwaggons, deren Niederflureinstieg nicht mit dem Bahnhof Fürstenfeldbruck kompatibel sei. Stattdessen hält nun als Ersatz morgens um 5:58 Uhr ein Alex Richtung München, der Wegfall des Nachmittagszugs wird lediglich durch zwei zusätzliche S-Bahnen kompensiert.

Die Änderungen rufen große Kritik hervor. Der zusätzliche Alex morgens ist für die meisten Pendler viel zu früh. Und die S-Bahnen sollten ursprünglich zusätzlich auf der Strecke München-Fürstenfeldbruck angeboten werden. Die faktische Schwächung des Angebots auf dem ohnehin völlig überlasteten Streckenabschnitt ist nicht hinnehmbar. Die Staatsregierung muss deshalb die Bayerische Eisenbahngesellschaft (BEG) anweisen, im Einvernehmen mit dem Landkreis Fürstenfeldbruck eine auskömmliche Lösung zu finden.

Da im Bayerischen Landtag seitens der Staatsregierung schon mehrmals Verbesserungen für die Strecke Fürstenfeldbruck-München angekündigt wurden, ist die Staatsregierung aufgefordert, dem Wirtschaftsausschuss zeitnah über diesen neuerlichen Rückschritt zu berichten.